

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen Flüchtlingen

am Donnerstag, **16.03.2006**, 17:00 Uhr,
Raum 2/2, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Magdalene Gefroi , Herr Richard-Michael Halberstadt , Herr Andreas Nicklas ,

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Ilse Schleef

von der FDP-Fraktion

Herr Wolfgang Klein

von der Verwaltung

Herr Rolf Finke , Herr Jochen Köhnke , Herr Jürgen Pawlak , Herr Hans-Joachim Schlumm

für die Schriftführung

Frau Susanne Jostameling

Es fehlten

Herr Ali Atalan , Frau Ursula Blankenstein

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es fand keine nicht-öffentliche Sitzung statt.

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Genehmigung der Tagesordnung |
| | 2. | Genehmigung der Niederschrift vom 26.01.06 |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 4. | Jahresprogramm Kommission |
| <u>V/1022/2005</u>
V | 5. | Maßnahmen der Stiftung Siverdes und Stiftung Generalarmenfonds für Flüchtlingskinder und junge erwachsene Flüchtlinge |
| <u>V/0008/2006</u>
V | 6. | Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster
Ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte
- Anregung des Ausländerbeirates an den Rat Nr. AAB/0003/2005 |
| <u>V/0060/2006</u>
V | 7. | Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 - 2009
hier: Maßnahmen im Budget des Sozialamts |
| <u>V/0070/2006</u>
IV | 8. | Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft
Ergänzungsantrag der CDU und FDP dazu |
| <u>V/0114/2006</u>
IV | 9. | Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007
Änderungsantrag der CDU und FDP-Fraktion dazu |
| | 10. | Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen |
| | 11. | Bericht des Sozialamtes |
| | 12. | Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Vortrag zu neuem EU-Recht |
| | 13. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde wie vorgegeben verabschiedet.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Niederschrift vom 26.01.06**

Es gab keine Änderungswünsche zur Niederschrift.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Die Mitteilungen fließen in den Bericht zu ToP 10 ein.

Punkt 4 der Tagesordnung**Jahresprogramm Kommission**

Die Mitglieder der Kommission baten die Verwaltung das Jahresprogramm der Kommission noch einmal als Anlage zur Niederschrift zu versenden.

Das Jahresprogramm wurde akzeptierend zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/1022/2005****Maßnahmen der Stiftung Siverdes und Stiftung
Generalarmenfonds für Flüchtlingskinder und junge erwachsene Flüchtlinge**

Da die Vorlagen die in der Kommissionssitzung vorgestellt wurden, schon in vielen andere Ausschüssen vorgestellt wurden, waren keine MitarbeiterInnen aus den entsprechenden Abteilungen der Verwaltung eingeladen.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Das im Wirtschaftsjahr 2005 einmalig von der Stiftung Pfründnerhaus Kinderhaus geförderte Jugendberufshilfeprojekt des JAZ wird im Jahr 2006 von der Stiftung Siverdes mit einem Betrag von 30.000 Euro weitergefördert.
2. Der bis Ende 2004 von der Stiftung Generalarmenfonds eingerichtete Hilfsfonds für Freizeitmaßnahmen mit Flüchtlingskindern wird ab 2006 für die Dauer von 3 Jahren bis Ende 2008 in einer Höhe von 25.000 Euro jährlich wiederaufgelegt.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0008/2006****Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der
Stadt Münster
Ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte
- Anregung des Ausländerbeirates an den Rat Nr.
AAB/0003/2005**

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt der Fortführung des Modellprojektes „Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster“ für den Zeitraum 2006 bis 2008 zu.
2. Mit der Beschlussfassung zu Ziffer 1 ist die Anregung des Ausländerbeirates AAB/0003/2005 erledigt.

Durch die Haushaltskonsolidierung wird die Flüchtlingsunterkunft „Philippistraße“ geschlossen. Die dort lebenden Flüchtlinge werden nach Auskunft von Herrn Finke auf die Einrichtungen an der Warendorferstraße, Nordkirchenweg, Manfred-von-Richthofen-Straße und Dülmenerstraße umgesiedelt. Der Zeitplan sieht die Umsetzung bis zu den Sommerferien vor. Im Kontakt mit dem Amt für Wohnungswesen konnten einige der Flüchtlinge eine Wohnung erhalten. 67 Personen wohnen noch in der Philippistraße. Zwei Drittel von ihnen sind auszugsberechtigt. Herr Pawlak teilte mit, dass 15 schon eine Wohnung gefunden haben. In der Philippistraße wohnen nur Familien. Leistungsempfänger nach § 1a AsylbLG erhalten keine Wohnberechtigungsscheine.

Herr Finke erläuterte die Abstufungen in der Hilfefewährung:

Es gibt drei Personengruppen.

Die erste Gruppe erhält die Regelleistungen des § 3 AsylbLG, dies sind 20 % weniger als Leistungen nach dem BSHG.

Wer länger als 3 Jahre in Münster aufhältig ist und seine Mitwirkungspflichten erfüllt, erhält Leistungen nach § 2 AsylbLG, analog SGB XII. Flüchtlinge, welche ihre Mitwirkungspflichten nicht nachkommen, erhalten Leistungen nach § 1a AsylbLG. Dies sind abgesenkte Leistungen die keinen Barbetrag mehr enthalten.

Frau Hakenes bat nach Umzug der Flüchtlinge aus der Philippistraße diese Thematik wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 1.1 mit der Verbraucherzentrale NRW die Kürzung des städtischen Zuschusses um 20.000 € auf jährlich 132.420 € in den Jahren 2006 bis 2009,
 - 1.2 mit der Alexianer Krankenhaus GmbH (Gerontopsychiatrisches Zentrum) die Kürzung des städtischen Zuschusses vom Haushaltsjahr 2006 an um jährlich 15 % ($\cong$ 14.980 €) auf 84.890 € und seine Fortschreibung in gleicher Höhe in den Jahren 2007 bis 2009,
 - 1.3 mit den lokalen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege die Kürzung der Zuschüsse um 9.200 € je Verband und Jahr ab 2006
 zu verhandeln.
2. Das Programm „MünsterCard“ (Familienpass) wird mit Wirkung ab 01.05.2006 eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Fortbestehen der Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber gültiger MünsterCards bis zum Monatsende April 2007 zu sorgen.
3. Das Programm „Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen“ wird ab 2006 eingestellt; die „Richtlinien der Stadt Münster zur Förderung von Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen“ vom 06.11.2002 werden aufgehoben.

4. Die Übergangseinrichtungen

4.1 für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler Meckmannweg 15-55 und Scheibenstraße 114 sowie

4.2 für Flüchtlinge Philippstraße 4

werden im Lauf des Jahres 2006 geschlossen; darüber hinaus werden weitere 90 Plätze in einer der Einrichtungen Am Kämpken 2-12 oder Bockhorststraße 126-132 abgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, den betroffenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bzw. Flüchtlingen adäquate Unterbringungsalternativen rechtzeitig bereitzustellen und bei ihren Umzügen angemessen zu unterstützen.

5. Die Verwaltung wird dem Rat im 2. Quartal Empfehlungen über Einzelregelungen und Verfahren mit Blick auf Eigenbeteiligungen der Nutzerinnen und Nutzer des Behindertenfahrtendienstes ab 01.07.2006 in einer gesonderten Vorlage vorstellen.

6. Die jährliche dynamische Anpassung der Ansätze

- 4700.718.0500.8 Osthuesheide; Zuschuss für Sozialarbeit
- 4700.718.1400.0 Reinhold Hach; Zuschuss für Selbsthilfeprojekt
- 4700.718.1600.6 Diakonisches Werk; Zuschuss für Beratungs- und Tagesstätte alleinstehender Wohnungsloser
- 4700.718.1700.9 Paritätischer Wohlfahrtsverband; Zuschuss Kontaktstelle
- 4700.718.2400.6 Lebenshilfe für geistig Behinderte; Zuschuss
- 4700.718.2500.9 c.u.b.a.; Zuschuss Sozialhilfeberatung
- 4700.718.2600.1 Alexianer-Krankenhaus – gerontopsychiatrisches Zentrum; Zuschuss (s. Ziff. 1.2)
- 4700.718.5300.X SKF; Zuschuss aufsuchende Sozialarbeit
- 4700.718.6600.3 Förderung von Begegnungsstätten/Stadtteilarbeit
- 4980.788.3000.8 Soziale Schuldnerberatungshilfen

an die Personal- und Sachkostenentwicklung wird in den Jahren 2006 bis 2009 ausgesetzt.

7. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, für eine finanzielle Absicherung des Projekts von Mensch zu Mensch bis 30.09.2006 aus Stiftungsmitteln zu sorgen sowie eine Förderung aus Stiftungsmitteln über den Projektzeitraum hinaus zu prüfen.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0070/2006**

**Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung
der städtischen Bildungslandschaft**

Zur Vorlage 0070 / 2006 wurde der 2. Änderungsantrag der CDU und FDP am 16.03.06 in die Kommission eingebracht.

Ein erster Änderungsantrag wurde am 08.03. in den AKJF eingebracht und am 14.03.06 mit dem neuen Änderungsantrag aufgehoben. Der Ausländerbeirat beschloss am 01.03.06 über den 1. Änderungsantrag.

Der 2. Änderungsantrag lautete wie folgt:

Der Rat möge beschließen

Die Vorlage wird wie folgt geändert.

Beschlusspunkt 2:

Dem Rat wird rechtzeitig zu den Etatberatungen 2007 im letzten Quartal 2006 ein schriftlicher Bericht über die Voraussetzungen und Ergebnisse des Modellprojekts vorgelegt. Auf Grund dieses Berichtes entscheidet der Rat über die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft ab 2007.

Punkt 2 alt entfällt

gez. H. –Dieter Sellenriek
CDU-Fraktion

gez. Carola Möllemann-Appelhoff
FDP-Fraktion

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit 4 Stimmen befürwortet und 2 Stimmen abgelehnt.

Frau Schleef sieht in der Kurzfristigkeit des Projektes negative Auswirkungen auf die Qualität.
Frau Hakenes befürwortet für die Abwicklung ein längerfristig angelegtes Projekt.

Die Vorlage in der geänderten Fassung wurde mehrheitlich mit 4 Stimmen beschlossen und mit 2 Stimmen abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht "Mit Sprache und Beratung - Integration unterstützen - ein Modellprojekt der Stadt Münster" zur Kenntnis.
2. Der Rat wird rechtzeitig zu den Etatberatungen 2007 im letzten Quartal 2006 ein schriftlicher Bericht über die Voraussetzungen und Ergebnisse des Modellprojekts vorgelegt. Auf Grund dieses Berichtes entscheidet der Rat über die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft ab 2007.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0114/2006

Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007

Der Änderungsantrag CDU und FDP Ratsfraktion lautete wie folgt:

Die zuständigen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und der Rat mögen beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. [...]
2. ~~Ab dem Schuljahr 2006/07 wird die Teilnehmerzahl an den Betreuungsangeboten „Schule von 8 bis 1“, „Offene Ganztagschule“ und an den sonstigen außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten an den Schulen, die nicht als Offene Ganztagschulen geführt werden, stadtweit auf 25 % der Gesamtschülerzahl beschränkt. Für~~

~~weitere Bedarfe werden vor Ort sozialräumliche Lösungen durch das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und das Amt für Schule und Weiterbildung herbeigeführt.~~

2. [...] (bisher 3.)
3. [...] (bisher 4)

Für Kinder der Offenen Ganztagsschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 3-6 Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsschule enthalten ist. ~~Darüber hinausgehende Bedarfe werden im Rahmen sozialräumlicher Lösungen herbeigeführt und sind durch die Eltern zusätzlich zu finanzieren (bisher kostenfreies Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 6 Wochen im Jahr).~~ Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und des Jugendamtes und der freien Träger.

[...]

Begründung:

Erfolgt mündlich

gez.
Heinz-Dieter Sellenriek
CDU – Fraktion

gez.
Carola Möllemann - Appelhoff
FDP - Fraktion

Der Änderungsantrag wurde mit 4 Stimmen gegen 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

Die Vorlage in der geänderten Fassung wurde mehrheitlich mit 4 Stimmen gegen 2 Gegenstimmen beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Rat erklärt seine Bereitschaft, trotz der erheblichen kommunalen Haushaltsprobleme und der damit erforderlichen Konsolidierungserfordernisse zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des besonderen Profils der Stadt Münster als "City of Learning", neben den bestehenden 26 Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich ab dem Schuljahr 2006/07 (01.08.2006) folgende Schulen als Offene Ganztagsschulen im Primarbereich zu führen:

Stadtbezirk Münster-Mitte

Aegidii-Ludgeri-Schule
Johannisschule
Hermannschule
Gottfried-von-Cappenberg-Schule
Mauritzschule
Erich Kästner-Schule (Förderschule)

Stadtbezirk Münster-West

Marienschule Roxel
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge
Peter-Wust-Schule

Stadtbezirk Münster-Ost

Astrid Lindgren-Schule Gelmer

Stadtbezirk Münster-Südost

Nikolaischule Wolbeck
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Angelfmodde
Idaschule / Pestalozzischule

Stadtbezirk Münster-Hiltrup

Grundschule Loevelingloh
Marienschule Hiltrup

2. Für den Investitionsbereich werden den Offenen Ganztagschulen wegen der auslaufenden Landesförderung über die in dieser Vorlage genannten Mittel hinaus keine weiteren Haushaltsmittel bereit gestellt.

3. Die Finanzformel, nach der sich das Budget für die Betreuung / Förderung der Schüler/innen in den Offenen Ganztagschulen berechnet, wird ab dem Schuljahr 2006/07 wie folgt verändert und bezieht sich ab dem 01.08.2006 auf alle, als Offene Ganztagschulen geführten Schulen (I. bis III. Staffel):
 - An den Grundschulen wird eine Gruppenstärke von 25 Kindern, an den Förderschulen eine Gruppenstärke von 12 Kindern zugrunde gelegt (bisher konnte eine erste Offene Ganztagschulgruppe im Grundschulbereich bereits ab 20 Kinder gebildet werden).
 - In jeder Betreuungsgruppe können geringfügig Beschäftigte im Umfang von 21 Wochenstunden eingesetzt werden (bisher konnten in der 1. Betreuungsgruppe geringfügig Beschäftigte mit 25 Wochenstunden, in jeder weiteren Gruppe mit 23 Wochenstunden eingesetzt werden).
 - Bis zur Einrichtung einer zweiten Betreuungsgruppe (ab dem 50. Kind) wird ab dem 26. Kind pro Gruppe ein Betrag in Höhe von 1.400,00 € zur Verfügung gestellt. Gleiches gilt für die Einrichtung jeder weiteren Gruppe (bisher wurde je Kind ein Betrag in Höhe von 1.500,00 € zur Verfügung gestellt).
 - Für Kinder der Offenen Ganztagschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 6 Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagschule enthalten ist.
 - Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und des Jugendamtes und der freien Träger.
 - Das bisher bereitgestellte Förderbudget für besondere Förderbedarfe / Kooperationsmodelle in Höhe von 275.000,00 € wird nicht erhöht. Es wird ab dem Schuljahr 2006/07 für alle Offenen Ganztagschulen (I. bis III. Staffel) abrufbar sein.

- Veränderung der Elternbeiträge
Ab dem 01.08.2006 wird durch eine Änderung der Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)" pro Monat ein Elternbeitrag bis maximal 150,00 € statt bisher 100,00 € erhoben. Die einkommensabhängigen Elternbeiträge werden dazu angepasst (s. Vorlage V/0084/2006).

5. Finanzierung

5.1 Personal- und Sachkosten

Sofern der Rat der Umwandlung der unter Ziffer 1. genannten Schulen in eine Offene Ganztagschule und der unter Ziffer 4. veränderten Finanzformel zustimmt, ergibt sich unter Berücksichtigung der veränderten Elternbeiträge und der zu erwartenden Landeszuweisungen zu den laufenden Kosten (ohne Investitionskosten) folgende Gesamtübersicht der Finanzierung: *)

	Ansatz 2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen					
Elternbeiträge	1.125.390 €	1.064.045 €	1.416.422 €	1.416.422 €	1.416.422 €
Landeszuwendung	1.153.300 €	1.737.352 €	2.125.050 €	2.125.050 €	2.125.050 €
gesamt	2.278.690 €	2.801.397 €	3.541.472 €	3.541.472 €	3.541.472 €
Ausgaben					
Personalkosten	2.559.531 €	3.466.160 €	4.203.120 €	4.203.120 €	4.203.120 €
Sachkosten	151.090 €	192.655 €	248.200 €	248.200 €	248.200 €
Grundbedarf gesamt	2.710.621 €	3.658.815 €	4.451.320 €	4.451.320 €	4.451.320 €
Förderfonds	397.220 €	287.700 €	275.000 €	275.000 €	275.000 €
Ferienbetreuung	124.000 €	284.090 €	305.000 €	305.000 €	305.000 €
Fortbildung		**)	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Ausgaben ges.	3.231.841 €	4.230.605 €	5.046.320 €	5.046.320 €	5.046.320 €
Diff. Ausg./Einn.	953.151 €	1.429.208 €	1.504.848 €	1.504.848 €	1.504.848 €
Zuschuss lt. Etatentwurf	953.151 €	970.798 €	610.150 €	612.173 €	603.883 €
Mehrbedarf	0 €	458.410 €	894.698 €	892.675 €	900.965 €

Hinweis: Die Zahlen für 2005 entsprechen den Haushaltsansätzen.
Die Zahlen für 2006 entsprechen den Ansätzen **nach** der Konsolidierung

*) Die Finanzierung enthält die ab dem 01.08.2006 von den Schulen (einschließlich der III. Staffel OGTS) gemeldeten Bedarfe für alle Förder- und Betreuungsangebote.

**) Im Jahr 2006 stehen rd. 12.700,00 € aus dem Förderbudget für ein eingeschränktes Fortbildungsangebot zur Verfügung.

5.2 Die für das Haushaltsjahr 2006 erforderlichen Mittel in Höhe von 458.410,00 € werden haushaltsneutral durch Umbuchung von Haushaltsmitteln wie folgt finanziert:

Nr.	Betrag	Position	Haushaltsstelle
1	40.000,- €	Schulbücher nach dem LFG	2..0.631.0000..
2	50.000,- €	Schülerfahrkosten	2..0.639.0000..
3	20.000,- €	Betriebskostenzuschuss Papst-Johannes-Schule	2710.718.0000.2
4	8.500,- €	Sachkosten ZA 10	2..0.500.0000..
5	1.500,- €	Erstattung von Leistungen an AWM	2.00.509.1000..
6	120.000,- €	Offene Ganztagsschule - Ferienbetreuung -	2100.627.2110.0
7	212.280,- €	Offene Ganztagsschule (Rest aus 2005)	2100.627.2100.4
8	6.130,- €	Ganztägige Betreuung - Sachkosten - (Rest aus 2005)	2100.627.1000.6
gesamt	458.410,- €		

Die unter den Positionen 6, 7 und 8 genannten Mittel können lediglich einmalig im Jahre 2006 zur Verfügung gestellt werden.

Von den für die Haushaltsjahre 2007 ff. zusätzlich erforderlichen Mittel werden 120.000 Euro aus dem Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung finanziert. Die dann noch fehlenden Haushaltsmittel werden aus dem Gesamtbudget der Stadt Münster finanziert.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltjahr 2007 ff. anfallende Mehrbedarf im städtischen Haushalt 2006 und im Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 bis 2009 über entsprechende Veränderungsblätter zusätzlich bereitzustellen ist und dies, obwohl aus rein finanzpolitischer Sicht vorstehende Maßnahmen dem Konsolidierungsziel der zweiten Stufe (nachhaltige Einsparung weitere 30 Mio. Euro) entgegenstehen und zu weiteren nachhaltigen finanziellen Belastungen führen.

Die Auswirkungen auf die einzelnen Haushaltsstellen in den jeweiligen Jahren können der Anlage 1 entnommen werden.

5.3 Personalkosten für Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen)

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in den vorgenannten Mehrbedarfen die Personalkosten für

- 11 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 25 Wochenstunden
- 2 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden

enthalten sind, die den 16 OGTS-Schulen der III. Staffel zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus enthält der Mehrbedarf die Personalkosten für

- 15 Erzieher/innen mit der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden,

die den bereits bestehenden Offenen Ganztagsschulen (I. und II. Staffel) aufgrund des gestiegenen Bedarfes zur Verfügung gestellt werden.

Im Stellenplan 2006 werden hierfür zusätzlich folgende Stellen der Entgeltgruppe 6 eingerichtet:

11 Stellen mit jeweils 25 Wochenstunden (0,65 Stellenanteile),
17 Stellen mit jeweils 19,25 Wochenstunden (0,50 Stellenanteile),
insgesamt 15,65 Stellen.

- 5.4 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Ausgaben für die Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag an den Grund- und Förderschulen in der Primarstufe (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen) von 3.231.841,00 € im Jahr 2005 auf 4.230.605,00 € im Jahr 2006 (Erhöhung um 458.410,00 €) und in den Jahren 2007 ff. auf 5.046.320,00 € (Erhöhung um rd. 894.700,00 €) steigen.
(Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag = "Acht bis Eins", "Offene Ganztagschule", "Angebote an Nicht-Offenen-Ganztagschulen")

6. Investitionen

- 6.1 Für notwendige Investitionen im Rahmen der dritten Ausbauphase offener Ganztagschulen werden im Haushaltsplan 2006, Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Mittel wie folgt **zusätzlich** veranschlagt:

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag €	Bemerkung
Einnahmen				
2100.360.1760.3	Zuw. Bund Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	585.000	
		2007	1.600.000	
		2008		
		gesamt	2.185.000	
Ausgaben				
2100.940.1760.1	Bauk. Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	1.180.000	
		2007	710.000	
		2008		
		gesamt	1.890.000	
2100.935.1760.4	Besch. Einrichtung offener Ganztagschulen	2006	260.000	
		2007	50.000	
		2008		
		gesamt	310.000	

Die notwendigen Veränderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 werden von der Verwaltung gefertigt. Auch hier wird zur Kenntnis genommen, dass diese Mehrkosten sowohl die Verschuldung erhöhen als auch den Verwaltungshaushalt durch Zinszahlungen nachhaltig und dauerhaft belasten.

7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die dritte Ausbauphase offener Ganztagschulen über den notwendigen 10 %igen Eigenanteil hinaus keine zusätzlichen kommunalen Investitionsmittel notwendig sind.
8. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die 19 Gruppen der dritten Ausbauphase Offener Ganztagschulen eine Zuwendung in Höhe von max. 2.185.000,00 € beantragt werden könnte (19 Gruppen x 115.000,00 €), sofern die Gesamtkosten unter Berücksichtigung des zu erbringenden Eigenanteils von 10 % mindestens 2.427.778,00 € betragen würden.

Da die geschätzten Gesamtkosten jedoch 2.200.000,00 € (1.890.000,00 € Baukosten und 310.000,00 € Beschaffungen) betragen, ist bei isolierter Betrachtung der dritten Ausbauphase lediglich eine Zuwendung in Höhe von 1.980.000,00 € zu erwarten (entspricht 90 % der Ausgaben).

9. Die Verwaltung wird beauftragt, für die erwarteten 19 Gruppen an den 16 Schulen der dritten Ausbauphase die maximale Zuwendung in Höhe von 2,185 Mio. € aus dem Programm "Zukunft Bildung und Betreuung" unter Einbeziehung der Kosten für die erste und zweite Staffel offene Ganztagschule zu beantragen mit dem Ziel, den kommunalen Eigenanteil für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen der ersten und zweiten Staffel zu senken.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung für die Erweiterung der bereits im Rahmen der zweiten Ausbauphase zum Schuljahr 2005/2006 zu offenen Ganztagschulen umgewandelten Clemensschule Hiltrup und Paul-Gerhardt-Schule Hiltrup zu erarbeiten. Das Raumprogramm umfasst die für Zwecke der offenen Ganztagschule insgesamt zwingend notwendigen Funktions- und Betreuungsräume (Küche, 2 Essräume, 4 Betreuungsräume).

Die geschätzten Kosten in Höhe von 1,3 Mio. € sind in den bei den HHSt. 2100.940.1760.1 und 2100.935.1760.4 bereits veranschlagten Mitteln für die erste und zweite Ausbauphase der offenen Ganztagschulen enthalten.

Punkt 10 der Tagesordnung

Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen

Herr Köhnke berichtete:

Das Areal „Lindenhof“ wird in Kürze bebaut. In dem ehemaligen Hotel sind Kontingentflüchtlinge untergebracht. Als neuer Standort wird einer der Standorte umgesetzt, die im Rahmen des Mediationsprozesses und durch die Entscheidung des Rates festgelegt wurden. Zur Umsetzung wird eine Vorlage zur Entscheidungsfindung an den Rat gegeben. Es soll vermieden werden, dass die Flüchtlinge zweimal umziehen müssen.

Die Jüdische Kultusgemeinde betreut die Jüdischen Kontingentflüchtlinge.

Die Verwaltung sucht nach Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung des Nationworkers.

Frau Schleef sieht die Qualifikation des Nationworkers als sehr wichtig für die Stadt an und fragte ob die Überlegung eine Stelle für ihn einzurichten der Konsolidierungsaufgabe entgegensteht.

Herr Köhnke teilte mit, dass er ein Konsolidierungsziel vorgegeben bekommen habe und keine eigenen Vorschläge dagegen setzen werde. Diese Entscheidungen liegen bei der Politik.

Die Stadt Münster arbeitet mit an einem Bericht der KGSt der für alle Kommunen Richtlinien entwickelt, wie Ziele und Leitlinien der Integration aussehen und umgesetzt werden können. Die Thematik Wohnen und Integration wird der Stadt Münster zugeordnet.

Am 10.03.06 hat sich die Regiegruppe im INTERREG-Projekt „Zuwanderer integrieren 2006“ getroffen. Das neue Konzept wurde festgelegt.

Herr Nover und Herr Algra übernehmen die jeweilige Geschäftsführungsfunktion in der Projektarbeit.

Joop Hassink als zuständiger Beigeordneter der Gemeinde Enschede vertritt das Thema Integration und Bildung als politischer Vertreter.

Ger Gankema, der den erkrankten Henk Grooten vertritt, ist im Bereich der Verwaltung der Gemeinde Enschede verantwortlich für den Bereich der Integration und Einbürgerungsarbeit.

Jan Oostenbrink ist der stellvertretende Geschäftsführer der EUREGIO.

Herr Seitz ist der zuständige Projektbegleiter der EUREGIO .

Herr Buiks ist der Vertreter der Provincie Overijssel und dort zuständig für den Bereich Integrationsarbeit.

Herr Hösel ist der zuständige Abteilungsleiter der Bezirksregierung und verantwortlich im Bereich der Versorgungsverwaltung.

Punkt 11 der Tagesordnung

Bericht des Sozialamtes

Bericht ist als Anlage beigelegt.

Ergänzung von Herrn Köhnke zu dem Bericht: Wenn die Haushaltskonsolidierungsvorschläge umgesetzt sind und die Philippistraße geschlossen wird, werden die Bewohnerinnen und Bewohner auf andere Wohnheime umverteilt und die dortige Belegung 80 % betragen. Durch eine sozialverträgliche Unterbringung nach Familiengröße und Ethnien entspricht eine 80 %ige Unterbringung einer 100 % Auslastung.

Punkt 12 der Tagesordnung

Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Vortrag zu neuem EU-Recht

Zu dem Vortrag von Herrn Schlumm ist eine Anlage beigelegt.

Für Studierende gibt es die Möglichkeit des ERASMUS-Stipendiums z. B. Deutsche ins Ausland / Ausländer nach Deutschland. Das Kontingent ist pro Land beschränkt und abhängig von den zwischenstaatlichen Vereinbarungen.

Punkt 13 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Hakenes fragte Frau Gefroi nach den Anträgen zu Kürzungen im Flüchtlingsbereich. Frau Hakenes möchte die Anträge schriftlich erhalten.

Frau Gefroi teilte mit, dass der Antrag auf Reduzierung der Finanzmittel im Flüchtlingsbereich auf insgesamt 80.000 Euro mündlich im Sozialausschuss gestellt wurde. Begründet wurde dies

mit rückläufigen Flüchtlingszahlen und einer nicht klar definierten Arbeit im Hinblick ihrer Arbeit in der Stadt Münster.

Frau Hakenes wies darauf hin, dass es beispielsweise einen Leistungsvertrag mit der GGUA bis 2007 gäbe der Bestand habe. Frau Hakenes möchte Anträge, die Flüchtlinge betreffen gerne in der Kommission und schriftlich erhalten.

Frau Derendorf fragte nach den Änderungen im Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz. Dieses ist zum 01.10.2005 in Kraft getreten. Es betrifft unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder. Sie müssen in Obhut genommen und eine Vormundschaft eingerichtet werden.

Frau Derendorf fragte nach der Umsetzung der Stadt Münster hinsichtlich dieser rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie regte an die Thematik auf die Tagesordnung einer der nächsten Kommissionssitzung zu nehmen.

Herr Finke berichtete von Absprachen zwischen dem Sozialamt und dem Amt für Kinder-, Jugendliche und Familien. Es wird bei Flüchtlingen, bei denen eine Minderjährigkeit festgestellt wird, eine Amtsvormundschaft eingerichtet und die Flüchtlinge werden vom Kommunalen Sozialdienst in Spezialeinrichtungen untergebracht. Problematisch ist teilweise die Bestimmung des Alters. Wenn Zweifel in Bezug auf das Alter bestehen wird der Flüchtling behandelt wie ein Minderjähriger unter 16 Jahren.

Herr Halberstadt wies auf den Fragenkatalog zur Einbürgerung hin und lehnte einen derartigen Fragenkatalog ab.

Herr Köhnke teilte mit, dass diese Thematik Aufgabe des Bundeslandes ist. Innerhalb der Verwaltung ist für die Einbürgerung das Einwohnermeldeamt zuständig.

Die Sitzung endete um 18.10 Uhr.

Magdalene Gefroi
Vorsitz

Susanne Jostameling
Schriftführung